



Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg

Beschlussvorlage

Drucksachen Nr.:

BV/VIII/0245

Beschlussdatum:

Beschluss-Nr.:

Gegenstand:

Drogenkriminalität bekämpfen

Behandlung:

öffentlich

Einreicher:

Fraktion der AfD

Beratung	Sitzungs- datum	Abstimmungsergebnis				Bemerkungen
		Ja	Nein	Enth.	Bef.	
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Ordnung und Sicherheit	17.11.2025	-	-	-	-	Kenntnisnahme
Hauptausschuss	27.11.2025					Kenntnisnahme
Stadtvertretung	11.12.2025					

Neubrandenburg, 10.11.2025

gez. Peter Fink
Vorsitzender Fraktion AfD

Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung Neubrandenburg beschließt:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der Landespolizei MV Kontakt aufzunehmen und die „Handelsplätze“ für illegale Drogen im Stadtgebiet von Neubrandenburg in Erfahrung zu bringen. Die Stadtvertretung Neubrandenburg ist spätestens bis zu ihrer nächsten regulären Sitzung über das Ergebnis zu informieren.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt mit den zuständigen fachlichen Stellen der Stadt Neubrandenburg, alle im Rahmen der Gesetze, zur Verfügung stehenden Handlungsoptionen zusammen zu tragen und die Stadtvertretung Neubrandenburg unverzüglich, spätestens jedoch bis zu ihrer nächsten regulären Sitzung, über das Ergebnis zu informieren
3. Die Stadtvertretung Neubrandenburg beauftragt den Oberbürgermeister bis zum 31.03.2026 ein umfassendes Konzept mit konkreten Handlungsempfehlungen zur Bekämpfung des Handels mit illegalen Drogen vorzulegen.
4. Die Stadtvertretung Neubrandenburg fordert den Oberbürgermeister auf, durch regelmäßige und unverzüglich beginnende Streifen des Ordnungsamtes auf dem Marktplatz, im Kulturpark und wechselnd vor den allgemeinbildenden Schulen eine Präsenz zu schaffen.
5. Der Oberbürgermeister wird beauftragt sich beim Landkreis Mecklenburgische Seenplatte für eine finanzielle Unterstützung zum Ausbau der Sucht- und Drogenberatungsstellen einzusetzen.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Klimarelevanz:

- Auswirkungen auf den Klimaschutz
- ja, positiv*
- ja, negativ*
- nein

*Erläuterung:

Begründung:

Durch die aktuelle Berichterstattung von NDR und Nordkurier wurde die Drogenproblematik in Neubrandenburg erneut aufgegriffen. Die sinngemäße Aussage des Oberbürgermeisters, dass es keine Drogenpolitik der Stadt Neubrandenburg gibt, war für viele Bürger der Stadt Neubrandenburg empörend und verharmlosend. Fakt ist aufgrund verschiedener Studien, dass Neubrandenburg ein Drogenproblem hat.

Unsere Vorlage soll einen Prozess, hin zu einer „Drogenpolitik“ der Stadt Neubrandenburg in Gang setzen. Präsenz des Ordnungsamtes, um den Handel auf öffentlichen Plätzen und vor Schulen zu stören, kann ein guter Anfang sein. Einer öffentlichen Resignation kamen vielen Bürgern die Aussagen unseres Oberbürgermeisters im NDR Interview gleich. Strafverfolgung ist Sache der Polizei. Diesen Bereich fasst die hier vorliegende Vorlage auch nicht an. Prävention und Präsenz ist Sache von Stadt und Landkreis. Hierzu der Auftrag an unseren Oberbürgermeister sich umgehend mit der Landespolizei zu diesem Thema in Verbindung zu

setzen. Erkenntnisse wo die Umschlagsplätze für die Drogen in Neubrandenburg sind, ist Ausgangspunkt um das Ordnungsamt in Präsenz genau an diesen Punkten der Stadt Neubrandenburg einzusetzen. Die kurzen Fristen für die Aufträge ergeben sich aufgrund der Dringlichkeit dieser Thematik. Die AfD Fraktion Neubrandenburg möchte erneuert die Dringlichkeit der Thematik Drogen in den Fokus der Verwaltung rücken. In dieser Thematik gilt es Sicherheit für unsere Bürger zu schaffen.

Eine engagierte Drogenpolitik ist effektiver Kinder- und Jugendschutz. Kinder- und Jugendliche die regelmäßig illegale Drogen nehmen, werden immer jünger und die damit verbundenen seelischen und körperlichen Schäden immer extremer bis hin zum Tod. Jedes Kind welches wir als Stadt Neubrandenburg an die Drogen verlieren, ist eines zu viel. Jeder Todesfall eine absolute Katastrophe. Daher ist die Empörung vieler Menschen in Neubrandenburg über die Aussagen unseres Oberbürgermeisters verständlich. Eine klare und deutliche Antwort aus der Stadtvertretung und dem Rathaus ist daher das Gebot und kann Vertrauen in die lokalen Akteure und die Verwaltung fördern bzw. wiederherstellen.

Unser Motto: gemeinsam Lösungsansätze entwickeln und kurzfristig und unverzüglich die Maßnahmen die uns als Stadt Neubrandenburg zur Verfügung stehen, einzusetzen und auszubauen.